Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal: Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 277. **Halle a. d. Saale, Freitag den 16. Juni** **1899.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 15. Juni. Der Kaiser hörte gestern nach dem Versuchsschießen den Vortrag des Chefs des Militärkabinets, General v. Hahnke, und nahm darauf das Frühstück mit den Offizieren der Artillerie-Prüfungskommission ein. Der Kaiser verließ um 1 Uhr 30 Min. den Schießplatz, um über Berlin nach dem Neuen Palais zurückzukehren. Zur Abendtafel bei dem Kaiserpaare waren geladen Prinz Friedrich Karl von Hessen, die Generale v. Deines und v. Moßner und Oberst Graf v. Moltke. Heute morgen begaben sich der Kaiser und die Kaiserin, wie schon telegraphisch gemeldet, nach dem Mausoleum bei der Friedenskirche und kehrten zu Fuß nach dem Neuen Palais zurück. Später nahm der Kaiser den Vortrag des Generals v. Deines entgegen. Den Rest des Tages gedachte das Kaiserpaar in stiller Zurückgezogenheit zuzubringen. Morgen wird der Kaiser in Hannover das Königs-Ulanen-Regiment besichtigen.

Der Kaiser hat, der „Voss. Ztg." zufolge, in Aussicht genommen, gelegentlich der demnächst stattfindenden großen Segelregatta Dover-Helgoland der Insel **Helgoland** einen kurzen Besuch abzustatten. Zu diesem Zweck ist bereits das sog. „Kaiserzelt", das für die Palästinareise des Kaiserpaares gebaut worden war, nach Hamburg abgegangen und von dort aus mit dem Salondampfer „Silvana" nach Helgoland verschifft worden, wo es im Garten des Gouvernementsgebäudes auf dem Oberlande zur Aufstellung gelangen wird.

Zu dem Mahle zu Ehren des Kaisers, das am Freitag abend beim preußischen Gesandten Grafen Wolff-Metternich in Hamburg stattfindet, sind der Bürgermeister Dr. Mönckeberg und der Direktor der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft Ballin geladen. Der Laeiszsche Fünfmaster „Potosi" wird nach Brunshausen geschleppt und dort über allen fünf Toppen geflaggt. Während der Anwesenheit des Kaisers soll er dort liegen bleiben. Ob der Kaiser an Bord des „Potosi" geht, ist noch unbestimmt.

Die Besserung in dem Befinden des **Großherzogs von Hessen** hält an. Tägliche Bulletins werden nicht mehr ausgegeben.

Der **Kronprinz von Griechenland** traf gestern abend von Leobschütz in Breslau ein und reiste 10¼ Uhr nach Frankfurt a. M. ab.

Parlamentarisches.

** **Berlin**, 15. Juni. Die zweite Lesung der **Kanalvorlage**, die heute im **Abgeordnetenhause** begann, dauerte nicht viel mehr als eine Stunde. Das schon telegraphisch gemeldete Ergebniß war, daß die Vorlage an die Kommission zurückverwiesen wurde, und zwar auf Wunsch des Centrums, das auch in der kurz vor der Plenarsitzung abgehaltenen Fraktionsberathung nicht mit sich hatte einig werden können, und zwar bildeten die Kompensationsforderungen das Hinderniß. Gegen diesen Antrag sprachen die Abgg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) und **Stengel** (freikons.), dagegen Abg. **Sattler** erklärte, daß die nationalliberale Fraktion dem Centrumsantrag zustimme, in der Erwartung, daß die Kompensationsfrage in der Kommission sehr schnell erledigt würde. Dem Antrag schlossen sich auch die Abgg. **Nickert** und **Richter** im Namen der beiden freisinnigen Parteien an. Die Wortführer der Rechten hatten vollkommen im Namen ihrer politischen Freunde gesprochen. So war es ein glücklicher Griff des Abg. v. **Eynern**, in namentlicher Abstimmung die Geschlossenheit der Rechten auf die Probe zu stellen. Dieser Antrag auf namentliche Abstimmung wurde von der gesammten Linken unterstützt. Das Ergebniß war, daß 240 Stimmen für die Rückverweisung an die Kommission und 160 wogegen abgegeben wurden. 43 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht theil, theils weil sie nicht da waren, theils weil es ihnen außerhalb des Sitzungssaals besser gefiel. Da rund 140 Abgeordnete der konservativen Partei angehören und 65 der freikonservativen, und diese Parteien allein dem Kommissionsantrag widersprachen, so ist auch jenes Manko auf ihr Konto zu buchen. Man kann wohl diese namentliche Abstimmung über den Centrumsantrag als eine, und zwar günstige Probe auf die Endabstimmung ansehen. Dann aber brachte sowohl das äußere Bild der Berathung wie die Rede und die namens des preußischen Staatsministeriums abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten **Fürsten zu Hohenlohe** erneut zur Erkenntniß, daß die Beschlußfassung über den Rhein-Elbe-Kanal von entscheidender, hochpolitischer Bedeutung sein wird. Das gesammte Staatsministerium war zugegen, und in der Diplomatenloge die Gesandten der größeren Bundesstaaten anwesend, als Fürst Hohenlohe die Einwände gegen den Kanal in ausführlicher Rede zu zerstreuen sich bemühte und dann namens der Staatsregierung erklärte, daß die Staatsregierung entscheidenden Werth darauf legen müsse, daß die Vorlage, „die von ihr als eine der wichtigsten ihr obliegenden wirthschaftlichen und politischen Aufgaben betrachtet werde, noch in dieser Tagung des Landtages zur Erledigung komme." Damit ist die Stellung der Regierung genau umschrieben, und auch die Konsequenz angedeutet, die sie aus einer Ablehnung des Kanals unweigerlich ziehen müßte. Die weiteren Verhandlungen in der Kommission werden an die Kompensationsfrage anknüpfen, worüber die Erklärung der Staatsregierung sich dahin äußert, daß sie nach Kräften bemüht sein wird, zweckdienliche, vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung dieser Nachtheile rechtzeitig in die Wege zu leiten und auch demnächst in den Fällen, wo dies nothwendig erscheinen wird, auf dem Gebiete der Eisenbahntarife wesentliche Störungen in den Absatzverhältnissen auszugleichen.

Ueber die Abstimmung wegen der Kanalvorlage macht die „Freis. Ztg." noch folgende Angaben:

Die interessanten Abgeordneten, die Herren **Landräthe** und anderen **politischen Beamten**, wurden in der Kanalfrage bei der namentlichen Abstimmung an diesem Donnerstag zum ersten mal auf die Probe gestellt. Es handelte sich zunächst freilich nur um die formale Abstimmung und Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission, noch nicht um die Kanalvorlage als solche. Die nachfolgenden Landräthe aus den konservativen Parteien verließen schon bei dieser Abstimmung die Fahne ihrer Parteiführer und stimmten für die Verweisung an die Kommission: Landrath Graf v. Bernstorff (Osts-Prignitz), Landrath Brütt (Rendsburg), Landrath Conrad (Graudenz), Landrath Dumrath (Strasburg i. Westp.), Landrath v. v. Gröben (Lyck), Landrath Hansen (Tondern), Landrath von Heimburg (Wiedenbrück), Landrath Dr. Heye (Stolzenau), Landrath Dr. Iderhoff (Aurich), ebenso stimmte Präsident von Zedlitz und Neukirch mit „Ja". — Die vortragenden Räthe Conrad, Schweckendieck und Dr. Kelch stimmten mit Ja, ebenso der Konsistorialpräsident Stockmann, Oberregierungsrath von Taschoppe und Regierungsrath Lotz, alle secundum ordinem. Bei nachstehenden Landräthen und Beamten blieb die Haltung noch im Dunkeln, weil sie aus verschiedenen Gründen bei der Abstimmung fehlten: Landrath Beckmann (Ulfingen) fehlte, Landrath Bohg (krank), Regierungspräsident v. Jagow (krank), Landrath v. Manteuffel (entschuldigt), Landrath Nägelein fehlte. Auch Präsident Frhr. v. Huene war beurlaubt. Mit **Nein** stimmten dagegen die folgenden politischen Beamten und bekundeten sich dadurch vorläufig noch als Gegner der Regierungsvorlage: Landrath Dr. Baarth (Posen, Land), Landrath v. Berg (Gifhorn), Regierungsrath v. Blanckenburg, Landrath v. Bockelberg (Osterneberg), Landrath v. Bodenhausen (Bitterfeld), Landrath v. Bodenhausen (Schweinitz), Landrath v. Bonin (Neustettin), Landrath v. Bornstedt (Friedeberg), Landrath v. Brockhausen (Dramburg), Regierungspräsident v. Colmar (Lüneburg), Landrath v. Dallwitz (Lüben), Landrath v. Ditfurth (Minden), Landrath v. Glasenapp (Marienburg), Landrath v. Hasselbach (Wolmirstedt), Landrath Dr. Kersten (Schlochau), Landrath v. Katze (Wanzleben), Landrath Riesch (Frankenberg), Landrath Dr. Schilling (Liegnitz), Landrath Winkler (Zeitz), Landrath Wolf-Gorki (Moglino), Landrath v. Wrochem (Wohlau).

Bei voll besetztem Abgeordnetenhause würde, wie die „Freis. Ztg." weiter berechnet, die Kommissionsüberweisung mit 255 gegen 177 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 78 Stimmen beschlossen worden sein, da von der rechten Seite 17, von der linken Seite 15 Abgeordnete fehlten. Da 209 konservative und freikonservative Abgeordnete ein Mandat haben und 160 gegen die Kommissionsüberweisung stimmten und 17 fehlten, sind im ganzen 32 **Konservative und Freikonservative schon jetzt auf die linke Seite abgefallen.**

Die Berathungen des **Invalidenversicherungsgesetzes** fanden heute im **Reichstage** ihren Abschluß, und zwar mit fast einstimmiger Annahme des ganzen Gesetzes. Dagegen stimmten nur die Welfen und die drei Konservativen Graf Kanitz, v. Dewitz und v. Standy. In der Spezialberathung gab es noch einen längeren Redekampf über die von den Sozialdemokraten in § 130a beantragten Schutzvorschriften. Bei der darauf folgenden dritten Lesung des **Nachtragsetats** gab es eine kleine Elsässer-Debatte, und beim Etat der Schutzgebiete eine Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Arnim und dem Direktor v. Buchka über die Landkonzessionen in Ostafrika und Kamerun. Darauf wurde der ganze Nachtragsetat endgiltig angenommen und für morgen das Handelsprovisorium mit England, die Handels- und Konsulatverträge mit Uruguay und Brasilien und der Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, auf die Tagesordnung gesetzt.

* An dem **Zolltarifschema**, so schreibt heute eine offiziöse Korrespondenz, wird sowohl innerhalb der zuständigen Regierungsstellen wie auch bei den verschiedensten wirthschaftlichen Korporationen eifrig gearbeitet. Es dürfte, soweit die behördlichen Arbeiten in Betracht kommen, nicht mehr lange dauern, bis an das Reichsschatzamt, welches den ersten Entwurf zu dem neuen Schema aufgestellt hat, die eingeforderten Gutachten sämmtlich eingelaufen sein werden. Sodann würde an eine Zusammenstellung, Sichtung und Bearbeitung des neuen Materials gegangen und die nothwendigen Neuerungen vorgenommen werden. Man rechnet darauf, daß alle diese Arbeiten sich bis zum Herbst erledigen lassen. Es darf als sicher angesehen werden, daß dann der Wirthschaftliche Ausschuß mit der Angelegenheit befaßt werden wird. Wie die geschäftliche Behandlung von diesem gehandhabt werden wird, steht zwar noch nicht fest, jedoch dürfte man wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß sie sich in ähnlicher Weise vollziehen wird wie die bei der Ausarbeitung der produktionsstatistischen Fragebogen. Es würden also für alle in Betracht kommenden größeren Waarengruppen des Zolltarifs Sachverständige der einzelnen Berufszweige zu den Berathungen zugezogen werden. Diese Zuziehung würde umsomehr Erfolg versprechen, als sich schon jetzt recht viele wirthschaftliche Korporationen mit dem Schema der die Erzeugnisse ihrer speziellen Berufe betreffenden Zolltarifpositionen beschäftigen.

* Der **Bundesrath** ertheilte gestern den Ausschußanträgen zu dem Entwurf einer Akkordnung über die Binnenschiffahrt auf der Elbe die Zustimmung. Ebenso wurde die Zustimmung ertheilt dem Berichte der zuständigen Ausschüsse über die Vereinbarung zwischen dem Reiche und den Vereinigten Staaten von Brasilien über die Mitwirkung der beiderseitigen konsularischen Vertreter bei der Regelung von Nachlässen ihrer Staatsangehörigen und dem Berichte der betreffenden Ausschüsse über die Uebereinkunft zwischen dem Reiche und der südamerikanischen Republik Uruguay über das Wiedereintreten des Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 20. Juni 1892. Ueber den dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschlag betreffend die Besetzung einer Rathsstelle beim Reichsgerichte wurde Beschluß gefaßt.

* Die **nationalliberale Fraktion des Reichstags** hat in ihrer Sitzung vom Mittwoch vormittag beschlossen, eine **Kommissionsberathung des Gesetzentwurfs zum Schutz des gewerblichen Verhältnisses abzulehnen** und dafür einzutreten, daß die Erledigung des Gesetzes im Plenum erfolgt. Den Standpunkt der Fraktion wird der Abg. Bassermann im Plenum eingehend darlegen. In ihrer Mehrheit steht die Fraktion dem Gesetzentwurf **ablehnend** gegenüber. — Die „Germania" erklärt, die Mittheilung **bestätigen** zu können, daß auch das **Centrum** beschlossen habe, die **Kommissionsberathung** des Gesetzentwurfs betr. den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses **abzulehnen**.

* Zum **Reliktengesetz für Volksschullehrer** beantragt die Herrenhaus-Kommission die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, wie er aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen ist.

** **Berlin**, 15. Juni. Die **Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses** erklärte die Wahl des Abg. Dr. **Beckmann** (kons., Oberlahnkreis) einstimmig für ungiltig, beanstandete die Wahl des Abg. v. **Colmar** (kons., Filehne-Czarnikau-Kolmar) und beschloß wegen der letzteren Beweiserhebung. Es soll festgestellt werden, ob in Schneidemühl seitens des Bürgermeisters verboten worden sei, während der Auslage der Wahllisten schriftliche Notizen aus den Wahllisten zu machen. Dagegen sind die Wahlen der Abgg. Dr. **Baarth**, v. **Grabski** und **Macco** für giltig erklärt.

** **Berlin**, 15. Juni. In der **Kommission für das Gemeindewahlgesetz** bemängelten gestern abend wie bei der ersten Berathung die Abgg. Frhr. v. Zedlitz, Dr. Sattler und v. Heydebrand das vorliegende statistische Material und verlangten weitere Nachweise, die theils abgelehnt, theils für die nächste Zeit zugesagt wurden. Die Abgg. Dr. Sattler und Frhr. v. Zedlitz regten die Frage der ortsstatutarischen Einschränkung des Wahlrechts an, ebenso die Ausscheidung der Staatssteuern bei der Drittelung. Dagegen erklärte sich der Minister des Innern.

** **Berlin**, 15. Juni. Die **Kommission für die Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch** berieth gestern abend das Handelsgesetzbuch in zweiter Lesung und strich den Art. 4, der zur Voraussetzung hat, daß Vorstand oder Generalversammlung oder Aufsichtsrath durch gesetzwidriges Verhalten das Gemeinwohl gefährden. Weiter wurde in zweiter Lesung das Ausführungsgesetz zur Civilprozeßordnung, wesentlich nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen.

Sondershausen, 15. Juni. Dem Landtag ging eine Vorlage über Errichtung einer **Handelskammer** für das Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen zu.

Gotha, 15. Juni. Der gothaische Landtag strich einstimmig die Bestimmung des **neuen Gesindeordnungs-Entwurfes**, wonach Dienstboten bei einer Weigerung, den Dienst anzutreten, polizeilich vorgeführt werden sollten.

Parteinachrichten.

* In der kürzlich zu Neustadt a. H. abgehaltenen Generalversammlung des **pfälzischen Bundes der Landwirthe betonte**, nach dem Bericht des „W. Cour.", der Vorsitzende, Abg. Gander, als eine der Forderungen der „Landwirthe in der Pfalz," daß der einheimische **Tabakbau** durch einen **höheren Eingangszoll** geschützt werde. Beabsichtigt der Bund der Landwirthe vielleicht, diese Forderung allgemein in sein Programm aufzunehmen?

Verwaltung und Rechtspflege.

m. Das **Oberverwaltungsgericht** beschäftigte sich am 14. mit einem wichtigen Rechtsstreit, den der Maurer Thiedicke gegen den **Regierungspräsidenten zu Magdeburg** erhoben hatte. Th. war Vorsteher einer Zahlstelle des **Centralverbandes der Maurer Deutschlands** und erhielt vor einiger Zeit eine polizeiliche Aufforderung, entweder die ministerielle Genehmigung über die Zulassung des Geschäftsbetriebes des Centralverbandes vorzulegen oder aber den Geschäftsbetrieb einzustellen. Die Polizeibehörde ging dabei von der Annahme aus, daß der Verband im Hinblick darauf, daß er seinen Mitgliedern statutenmäßig Unterstützungen gewährt, eine **Versicherungs-Anstalt** sei, deren staatliche Genehmigung aber nicht eingeholt sei. Nachdem Th. erfolglos Beschwerde erhoben, verklagte er den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, wo der Rechtsanwalt und Abgeordnete Heine ausführte, eine Versicherungs-Anstalt liege nur dann vor, wenn der Verband den Mitgliedern einen **Rechtsanspruch** auf die Unterstützungen gewähre. Dies sei aber hier nicht der Fall, vielmehr seien die Unterstützungen von dem Belieben des Vorstandes abhängig; ein klagbarer Anspruch stehe den Mitgliedern statutenmäßig nicht zu. Das Oberverwaltungsgericht schloß sich diesen Ausführungen auch an und hob die polizeiliche Verfügung als unzutreffend auf.

* In dem gestern vor dem hiesigen Landgericht verhandelten Prozeß gegen den **Archivrath Berkemeyer** wegen Beiseiteschaffung amtlicher Aktenstücke lautete das Urtheil auf **Freisprechung**. Die Kosten der Vertheidigung wurden der Staatskasse auferlegt. In der Urtheilsbegründung wird ausgeführt, daß weder subjektiv noch objektiv die Schuld nachgewiesen sei. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängniß beantragt. Der Angeklagte erklärte, er habe nicht Akten, sondern nur Privatkorrespondenzen, die ihm nicht amtlich, sondern privatim übergeben worden seien, in seinem Besitz. Einen Theil dieser Schriftstücke habe er von dem früheren Minister v. Miquel-Hohenstein mit dem Auftrage bekommen, sie dessen Nachfolger, dem verstorbenen Minister v. Wolfgramm, zu übergeben. Dies habe er auch gethan. Der Minister v. Wolffgramm habe ihn gebeten: wenn er (der Minister) etwa einmal plötzlich sterben sollte, die verschiedenen Papiere, die sich auf die Lippesche Thronfolge beziehen, die aber nur Privatkorrespondenzen seien, an sich zu nehmen, damit dieselben unbefugten Einblicken entzogen werden. Der Minister habe dabei ausdrücklich bemerkt, daß er mit dieser an ihn (Berkemeyer) gerichteten Bitte in vollem Einverständniß mit dem Fürsten Woldemar handele.

* Die **Königsberger Pferdeeisenbahn-Gesellschaft** hat dem dortigen Magistrat ein Schreiben zugestellt, in welchem dieser ersucht wird, mit der Gesellschaft wegen **Uebernahme** sämmtlicher Pferdebahnlinien seitens der Stadt eventuell in Unterhandlung zu treten.

* Wegen Betheiligung ihrer Arbeitgeber an dem Verfassungsfest in Dänemark wurden zehn Dienstboten und drei Hirtenknaben im **Kreise Hadersleben ausgewiesen**. Der Tochter eines Optanten wurde die Ausweisung angedroht.

Kolonialangelegenheiten.

* Ueber die am Mittwoch erfolgten Verhandlungen des **spanischen Senats** über die Abtretung der **Südsee-Inselgruppen** an Deutschland wird aus Madrid weiter gemeldet: Bei der Berathung des Vertrages sprach der Vicomte **Campo grande** gegen den von der Kommission erstatteten Bericht und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990616012/fragment/page=0001

nad eine historische Uebersicht über die Handelsbeziehungen zwischen Spanien und Deutschland, um nachzuweisen, daß es für Spanien nicht rathsam erscheine, die in dem Entwurf des Abkommens festgesetzten Handelsvortheile zu gewähren. Ochoa (ultramontan) bekämpfte ebenfalls heftig die Abtretung der Südsee-Inseln. Lugue brachte ein Amendement zu dem Artikel 4 des Vertrages ein, welches dahin geht, die deutsche Regierung solle 20 Millionen Mark in Gold zahlen statt 25 Millionen Pesetas. Das Mitglied der Kommission, Toca, bekämpfte das Amendement, indem er auf die Handelsbeziehungen hinwies und betonte, Deutschland habe seine Verpflichtungen Spanien gegenüber loyal erfüllt, jetzt biete es Spanien die Behandlung als meistbegünstigte Nation an. Nachdem noch der Ministerpräsident Silvela in denselben Sinne gesprochen und die unveränderte Annahme des Berichts verlangt hatte, wurde der Vertrag, wie bereits gemeldet, angenommen.

* Aus dem Bismarck-Archipel meldet man: In Herbertshöh ist der Eingeborene, der vor ca. 18 Monaten den Führer des Schooners „Sea Ghost“ ermordet hat, am 8. April standrechtlich erschossen worden. Das Vermessungsschiff „Möwe“ ist am 19. April nach Buka in der deutschen Salomonsgruppe abgegangen, wo nach weiteren Eingeborenen, die bei der „Sea Ghost“-Affäre betheiligt sind, gefahndet werden soll. Der auf Neu-Mecklenburg ansässige Händler Peterson hatte im Februar zwei Boote ausgeschickt, um mit den Insulanern Tauschgeschäfte zu treiben. Eines Nachts, als die Besatzungen beider Fahrzeuge schliefen, sind indessen die biederen Neu-Mecklenburger über die Unglücklichen hergefallen und haben sie bis auf den letzten Mann erschlagen und aufgefressen, während die beiden Kähne zerstört worden sind. Der der Firma Herrnsheim & Co. gehörige Schuner „Elise“ ist in der Admiralitätsgruppe verloren gegangen. Die Besatzung ist nach einer Meldung des Kapitäns von den Eingeborenen angegriffen worden und mußte von den Waffen Gebrauch machen, um sich die Angreifer vom Leibe zu halten.

* Für die in Windhoek und Gibeon (Deutsch-Südwestafrika) zu errichtenden Schulen werden zwei junge, der holländischen Sprache mächtige Lehrer gesucht. Erwünscht ist, daß die Bewerber verheirathet sind. Gesuche sind an die Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes zu richten.

Deutscher Reichstag.

93. Sitzung vom 15. Juni, 1 Uhr.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky u. a.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten.

Die Spezialberathung des Invaliden-Versicherungsgesetzes dritte Lesung) wird fortgesetzt bei § 130a, welcher die von den Abgg. **Albrecht** u. Gen. beantragten Schutzvorschriften enthalten soll.

Abg. **Rösicke** (b. k. Fr.) verweist auf die analogen Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes über die Verhütung gesundheitsschädlicher Einflüsse und hält allgemeine Vorschriften der Versicherungsanstalt wohl für angebracht und durchführbar. Der Antrag Albrecht gehe ihm aber zu weit, man sollte sich auf die Gewerbebetriebe beschränken und im übrigen versuchen, bei Gelegenheit dieses Gesetzes eine Verbesserung der Gewerbeaufsicht zu erreichen. Redner polemisirt hierbei vielfach gegen frühere Ausführungen des Abg. Richter, welche er im Wortlaut citirt.

Sächs. Geheimrath und Ministerial-Direktor **Fischer**: Seine Regierung wolle auch den Ausbau der Arbeitergesetzgebung, halte aber diesen Weg bei dem vorliegenden Gesetz nicht für gangbar. In Sachsen werde für den Arbeiterschutz schon viel gethan und die Regierung denke auch daran, die Gewerbeaufsichtsbeamten wiederum zu vermehren. Er bitte die vorgeschlagenen Bestimmungen abzulehnen.

Abg. **Wurm** (Soz.): In keinem Lande sei die Gewerbeaufsicht so schlecht als in Sachsen, das beweisen schon die Berichte der dortigen Gewerbeinspektoren. Den Versicherungsanstalten fallen dort übermäßig viel durch die Fabrikarbeit zu Grunde geschickte Arbeiter zur Last. Die hier vorgeschlagenen Schutzvorschriften seien absolut nothwendig. Der Reichstag möge ihnen in letzter Stunde zustimmen.

Abg. Dr. **Lehr** (nl.): Er müsse den Ausführungen des Vorredners über die sächsischen Gewerbeinspektoren entgegentreten, er kenne die sächsischen Verhältnisse genau, denn er habe 19 Jahre dort gelebt. Er wünsche, die Gewerbeinspektion wäre in ganz Deutschland so gut wie in Sachsen. Die sächsische Regierung sei auf dem richtigen Wege.

Abg. **Zeidler** (k.) widerlegt ebenfalls die Behauptungen des Abg. Wurm und erklärt die Zustände in Sachsen für völlig befriedigend. Die hier vorgeschlagenen Schutzvorschriften gingen zu weit.

Abg. **Hitze** (Ctr.): Die Mehrheit seiner Freunde habe in zweiter Lesung für die Schutzvorschriften gestimmt, jetzt werden sie aber dagegen stimmen, da es sich hier nur um eine zwecklose Demonstration handle.

Es findet eine weitere Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Wurm, Dr. Lehr, Hitze und Zeidler über diesen Punkt statt.

Abg. **Franken** (nl.): Die Verhältnisse der Arbeitgeber und Arbeiter seien durchaus solidarisch. Für den Arbeiterschutz thue jeder Fabrikant schon im eigenen Interesse, was er könne. Die hier vorgeschlagenen Schutzvorschriften lehne seine Partei ab.

Abg. **v. Löbell** giebt eine ähnliche Erklärung namens der Konservativen ab, worauf der sozialdemokratische Antrag mit großer Majorität abgelehnt wird.

Es wird nun zunächst der zurückgestellte § 95 b mit einer redaktionellen Aenderung angenommen, sodann der Rest des Gesetzes ohne Debatte.

Vicepräsident **v. Frege** schlägt vor, die Gesammtabstimmung ein bis zwei Tage auszusetzen, bis die in dritter Lesung angenommenen Aenderungen an der Vorlage im Druck fertiggestellt seien.

Abg. **Hitze** beantragt, die Gesammtabstimmung sofort vorzunehmen.

Da niemand widerspricht, obwohl Vicepräsident **v. Frege** mehrmals unter Heiterkeit das Haus befragt, findet die Gesammtabstimmung statt. Es erhebt sich fast das ganze Haus, Vicepräsident **v. Frege**: Das Gesetz ist einstimmig angenommen. (Widerspruch rechts.)

Präsident **v. Frege**: Infolge Widerspruchs bitte ich um die Gegenprobe.

Dieselbe ergiebt, daß die Welfen und drei Konservative (v. Dewitz, v. Staudy, Graf Kanitz) gegen das Gesetz stimmen.

Das Invaliden-Versicherungsgesetz ist also mit großer Mehrheit endgiltig angenommen.

Die zum Gesetz gestellten Resolutionen **v. Stumm** und **Hitze** auf Einführung einer Wittwen- und Waisenversicherung werden auf Antrag des Abg. **Singer** bis nach den Ferien zurückgestellt.

Es folgt die dritte Lesung des Nachtragsetats.

Abg. **Haus** beschwert sich, daß Elsaß-Lothringen durch die zahlreichen Manöver und durch die damit Truppenübungen verursachten Absperrungen fortwährend schwer geschädigt werde. Im übrigen werden sich die elsaß-lothringischen Abgeordneten in Zukunft reger an den Verhandlungen des Reichstages betheiligen.

Abg. **Gröber** (Ctr.) spricht hierüber seine Freude aus und weist dann einige Behauptungen bezüglich Elsaß-Lothringens zurück.

Es findet hierüber noch eine weitere Auseinandersetzung zwischen den Abgg. **Wetterlé** und **Gröber** statt.

Während der Berathung des Nachtragsetats theilt Präsident Graf **Ballestrem** mit, daß ein Handels- und Schiffahrtsabkommen mit Uruguay und ein Konsularvertrag mit Brasilien als Vorlagen einzugangen seien.

Beim Etat der Schutzgebiete ergt Abg. Graf **Arnim** (Rp.) weitere Maßnahmen zur wirthschaftlichen Hebung unserer Kolonien an und bespricht die kürzlich vom Kolonialrath berathenen Landkonzessionen in Ostafrika und Kamerun. Man sollte mit solchen Konzessionirungen an Gesellschaften vorsichtiger sein.

Direktor Dr. **v. Buchka**: Früher habe sich der Abgeordnete beklagt, daß man den Kolonialrath nicht wegen der Landkonzessionen befragt habe. Jetzt habe man dies Versäumniß nachgeholt und nun sei Graf Arnim auch nicht zufrieden. Ohne die Kapital-Gesellschaften könne man die Kolonien nicht erschließen. Man sollte den Leuten ruhig einigen Verdienst gönnen. Wenn z. B. Herr Dr. Schröder drei Millionen in die Kolonien hineinstecken wolle, so habe er doch kein Recht, das abzulehnen.

Abg. **Müller**-Sagan (frk. Vg.): Der Reichstag habe jedenfalls keine Ursache, sich in die Geschäfte Privater und in den Konkurrenzstreit der Gesellschaften einzumischen. In dem Vertrag mit der Süd-Kamerungesellschaft sei das Interesse des Reiches genügend gewahrt. Man könne mit dem Vorgehen des Herrn Kolonialdirektors durchaus zufrieden sein.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. Graf **Arnim** schließt die Diskussion.

Der Nachtragsetat wird sodann endgiltig angenommen.

Hierauf wird Vertagung beschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Handelsprovisorium mit England. Handels- und Konsularverträge mit Uruguay und Brasilien. G.-E. betr. die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten.

Schluß ½6 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung vom 15. Juni, 11 Uhr.

Das Haus und die Tribünen sind sehr gut besetzt.

Am Ministertische: Fürst Hohenlohe, Dr. von Miquel, Thielen, Schönstedt, Brefeld, Frhr. v. Hammerstein, v. Goßler u. a.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Bau eines Schiffahrtskanals vom Rhein zur Elbe.

§ 1 der Regierungsvorlage ermächtigt die Regierung, 260,784,700 Mark zum Bau dieses Kanals zu verwenden.

Die Kommission beantragt, § 1 abzulehnen.

Ministerpräsident Fürst **Hohenlohe**: Ihre Kommission hat in ihrer Sitzung vom 17. vorigen Monats die entscheidenden Theile des uns heute wieder vorliegenden Gesetzentwurfs abgelehnt. Die Gründe für und gegen den Mittellandkanal sind sowohl bei der ersten Berathung im Plenum wie in der Kommission eingehend erörtert worden und die Herren haben ausgiebige Gelegenheit gehabt, sich ihre Meinung zu bilden. Wenn ich dessenungeachtet das Wort ergreife, um Ihnen die Vorlage zu empfehlen, so thue ich es, weil ich geglaubt habe, bei der ersten Lesung den betheiligten Ressortministern das Wort überlassen zu sollen und mich nun verpflichtet fühle, in dieser hochwichtigen Frage ebenfalls Stellung zu nehmen.

Wenn ich die Gründe prüfe, welche gegen den Kanal geltend gemacht worden sind, so finde ich zunächst die Befürchtung vor der Schaffung neuer Einbruchsstellen für die auswärtige Konkurrenz und dann die Besorgnisse, daß unsere Staatsfinanzen sowohl durch die zum Bau erforderlichen Geldmittel als auch durch den Ausfall in den Einnahmen der Eisenbahnen gefährdet werden könnten. Was die Befürchtung vor den Einbruchsstellen für die fremde Konkurrenz betrifft, so will es mir scheinen, als hätten wir deren schon so viele, daß eine mehr oder weniger nicht von durchschlagender Bedeutung ist. Ueberdies kann dieser Einwand für den Osten der Monarchie überhaupt nicht in Betracht kommen. Ueberhaupt lehrt die Erfahrung, daß sich die Wirkungen des Verkehrs schwer berechnen lassen. Die genauesten Berechnungen erweisen sich, wenn das Verkehrsmittel in Thätigkeit ist, in überraschender Weise unzutreffend. Welches Kopfschütteln hat zum Beispiel die Bahn längs des Rheins und dann gar die zweite am rechten Rheinufer hervorgerufen und wie hat sich dort der Verkehr auf den zwei Bahnen und dem Rhein in unerwarteter Weise entwickelt. Die geäußerten Besorgnisse vor neuen Einbruchsstellen erinnern mich an die Zeit des Beginnes unserer Bahnen. Jeder damals projektirten Bahn wurde der Ruin vorausgesagt, Nachtheile wurden vorausgesehen, die sich in keiner Weise verwirklicht haben. Ja, die abenteuerlichsten Besorgnisse wurden laut. In der Frage der Verkehrsentwicklung lassen sich, wie gesagt, keine sicheren Berechnungen anstellen. Ich glaube, daß der Nutzen, den unsere östlichen Provinzen vom Kanal ziehen werden, nicht zu unterschätzen ist. Wenn z. B. jetzt die Grubenhölzer von den östlichen Provinzen auf dem Seewege nach Rotterdam und von da nach dem Ruhrgebiet gebracht werden, so ist doch anzunehmen, daß es Bergwerke giebt, die für die der bequemere und billigere Weg des Kanals zum Transport von Osten nach Westen gewählt werden kann. Daß die Bedeutung des Mittellandkanals für den Binnenverkehr selbst von schlesischer Seite nicht mehr abhängig, sondern eher sehr zustimmend beurtheilt worden ist, geht aus einem Vortrage hervor, den der langjährige Vorsitzende der Breslauer Handelskammer wie des schlesischen Provinzialvereins für Fluß- und Kanalschiffahrt Kommerzienrath Schöller im Oktober 1891 gehalten hat. Er sagte u. a.: Es muß hervorgehoben werden, daß durch den Rhein-Elbe-Kanal zur Verbindung der leistungsfähigen Ströme für den Binnenverkehr etwas geschaffen werden kann, wie kein zweites Land der Welt etwas Aehnliches aufzuweisen vermag. Da Preußen seine Hauptausdehnung von Westen nach Osten hat, so ist erklärlich, daß mit alleiniger Ausnahme der Oder die nichtpreußischen Ströme bei ihrem verhältnißmäßig kurzen Lauf durch Preußen fast ebenso viel dem Auslande wie dem Inlande dienen, während die Binnenverkehre in hervorragender Weise zu Gute kommen würde. Das preußische Herrenhaus hat das Verdienst bei den wiederholten Verhandlungen über den Dortmund-Ems-Kanal, die Herstellung des Mittellandkanals unentwegt im Auge behalten zu haben. Ferner sagt Schöller: „Jedes Jahr, welches den Bau des Mittellandkanals hinausschiebt, ist ein Verlust in der weiteren Erstarkung Preußens.“ Da die Hauptgegnerschaft gegen den Mittellandkanal von Schlesien kommt, so ist diese schlesische Stimme nicht ohne Bedeutung und es ist zu hoffen, daß die Opposition dieser Provinz einer ruhigen Auffassung weichen werde. Man hat im Laufe der Berathungen die Besorgniß geäußert, daß der aus dem Bau des Mittellandkanals folgende Aufschwung der Industrie in den westlichen Landestheilen noch mehr Arbeiter aus dem Osten nach dem Westen ziehen und dadurch der Landwirthschaft weitere Nachtheile zufügen werde. Auch fürchtet man, daß die Agglomeration großer Arbeitermassen im Westen — im Ruhrgebiete — Gefahren mit sich bringt. Ich kann diesen Befürchtungen die Berechtigung nicht zuerkennen. Ich halte bestritte, daß diese Gefahren durch den Kanal vermehrt werden. Wir erleben seit den letzten zwanzig Jahren einen ungewöhnlichen Aufschwung der Industrie, welche unseren Staat aus einem überwiegenden Agrikulturstaate allmälig zu einem gemischt landwirthschaftlich-industriellen Staate übergeführt hat mit allen seinen Folgeerungen und Konsequenzen. Landwirthschaft und Industrie sind gegenseitig auf einander angewiesen. Beide Gewerbe wissen, daß sie einander bedürfen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß der geforderte Kanal, wie jede Hebung der Verkehrsmittel, nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirthschaft zum Nutzen gereichen wird. Aber selbst, wenn Sie nur annehmen, daß er dem landwirthschaftlichen Gewerbe nicht schaden wird, müßte eine Verständigung — so meine ich — auch auf dieser Basis möglich sein. Die Staatsregierung hat wiederholt bewiesen, daß sie gewillt ist, der Landwirthschaft, so weit es in ihren Kräften steht, zu helfen, und sie hat zu dem Behuf die Aufwendung bedeutender Staatsmittel nicht gescheut. Wir hätten Ihnen daher selbstverständlich auch die gegenwärtige Vorlage nicht unterbreitet, wenn wir nicht voraussähen, daß auch die Landwirthschaft neben der Industrie in der Lage sein wird, Vortheile aus der neuen Verbindung des Ostens mit dem Westen zu ziehen. Es fragt sich nun, soll diese verbesserte Verbindung ausschließlich durch den Bau von Schienenwegen herbeigeführt werden oder soll das Kanalsystem vervollständigt werden. Ich glaube, wir können und müssen das eine thun und das andere nicht lassen. (Beifall links.) Auch wenn der Mittellandkanal gebaut wird, wird in der Arbeit an weiterer Hebung der Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnen nicht innegehalten werden dürfen. Wir haben aber durch den Bau des Kanals die Möglichkeit, an den Ausbau der Eisenbahnen und die Beschaffung des Eisenbahnmaterials mit mehr Ruhe heranzugehen. Was die finanzielle Seite der Frage betrifft, so hat in der That die bedeutende Summe, die der Bau des Kanals in Anspruch nehmen wird, im ersten Augenblick etwas Erschreckendes. Bei näherer Prüfung und insbesondere, wenn man in Betracht zieht, daß die Provinzen ungefähr die Hälfte von dem leisten, was der Staat leistet, verlieren sich aber die Bedenken. Und wenn der Herr Finanzminister, dem man Berichtwendungssucht nicht vorwerfen und große Vorsicht nicht absprechen kann, erklärt, die Kosten seien nicht so exorbitante, daß sie eine Ablehnung motiviren könnten, so glaube ich, können wir uns in dieser Beziehung beruhigen.

Zum Schlusse faße ich das Gesagte in einer Erklärung zusammen, welche ich im Namen der Staatsregierung abgebe:

Die Staatsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Herstellung eines die Flußläufe des Landes verbindenden Kanals vom Rhein bis zur Elbe mit den sich anschließenden Seitenverbindungen dringend geboten ist. Der Rhein-Elbe-Kanal ist eine nothwendige Ergänzung der Verkehrsstraßen der Monarchie; er ist ein allen Wirthschaftszweigen Segen bringendes, die allgemeine Wohlfahrt hebendes Kulturwerk, und er erhöht die Wehrfähigkeit des gesammten deutschen Vaterlandes.

Bei der gewaltigen Zunahme des Verkehrs in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten gewährt der Kanal den Eisenbahnbetrieben die wirksamste Entlastung. In dieser Auffassung ist die Staatsregierung durch die Verhandlungen der Kommission des hohen Hauses wesentlich bestärkt worden. Die Staatsregierung verkennt nicht, daß die Ausführung dieses Werkes in den Produktions- und Konsumtionsbedingungen Verschiebungen hervorrufen wird, welche mit nachtheiligen Folgen für einzelne Landestheile verknüpft sein können. Wir behalten uns vor, auf diese Frage im Laufe der Debatte zurückzukommen. Indessen trägt die Staatsregierung kein Bedenken, schon jetzt im allgemeinen zu erklären, daß sie nach Kräften bemüht sein wird, zweckdienliche vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung dieser Nachtheile rechtzeitig in die Wege zu leiten und auch demnächst in den Fällen, wo dies nothwendig erscheinen wird, auf dem Gebiete der Eisenbahntarife entstehende Störungen in den Absatzverhältnissen auszugleichen. Die Durchführung der beabsichtigten großen Landesmeliorationen wird auch dadurch namentlich gerechtfertigt und erleichtert, daß die zunächst betheiligten Provinzen und andere kommunale Verbände dieselbe in ausgiebigster Weise und in zweckmäßiger Form unterstützen. Die Staatsregierung giebt der sicheren Erwartung Ausdruck, daß der Landtag der Monarchie seine Genehmigung einem Unternehmen nicht versagen wird, dessen Ausführung von beiden Häusern des Landtages der Staatsregierung im Gesetz vom 9. Juli 1886 zur Pflicht gemacht und von ihr als eine der wichtigsten ihr obliegenden wirthschaftlichen und politischen Aufgaben betrachtet wird. Die Staatsregierung muß aber entscheidenden Werth darauf legen, daß die Vorlage noch in dieser Tagung des Landtages zur Erledigung kommt. (Beifall bei den Nationalliberalen und links.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ctr.): Im Namen meiner politischen Freunde habe ich im einstimmigen Auftrage derselben folgende Erklärung abzugeben: Wir sind zur Zeit noch nicht in der Lage, zu dem vorliegenden Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Während die königliche Staatsregierung sich anfangs gegen Kompensationen für solche Landestheile, welche sich durch den Bau des Mittellandkanals für gefährdet halten, grundsätzlich ablehnend verhielt, hat sie neuerdings ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, solche Kompensationen für Schlesien und das Lippethal zu gewähren. Die bis jetzt zugestandene für Schlesien genügen, darüber sind die Vertreter dieser Provinz in gleichem getheilter Meinung. Sie wünschen lebhaft, sich mit den von ihnen vertretenen Kreisen zu benehmen. Was die Lippe anbetrifft, so läßt sich noch nicht übersehen, ob die zu stellenden Bedingungen es der Provinz Westfalen ermöglichen werden, neben den finanziellen Garantien für die vom Staat geplante Linie die Kanalisirung dieses Flusses zu ermöglichen. Zudem kommt noch eine Reihe anderer Bezirke in Betracht, die sich ebenfalls durch die geplante Linie des Kanals in ihren wirthschaftlichen Verhältnissen gefährdet glauben. Es scheint uns zur Zeit noch nicht hinreichend aufgeklärt zu sein, inwieweit solche Befürchtungen berechtigt sind und inwieweit sie durch geeignete Maßnahmen gehoben werden können. Zur Klärung und Entscheidung dieser Frage wird es noch sorgfältiger Prüfung bedürfen, weshalb wir eine Hinausschiebung der Berathungen über den vorliegenden Gesetzentwurf und dessen Zurückverweisung an die Kommission erbitten möchten. Sollte dieser Bitte nicht entsprochen werden, so würden wir zu unserem Bedauern zur Zeit nicht in der Lage sein, eine Entscheidung zu treffen und uns daher genöthigen sehen, uns der Abstimmung zu enthalten.

Abg. **Stengel** (freik.): Die dankenswerthen Erklärungen des Ministerpräsidenten haben eigentlich nicht viel Neues gebracht. Es haben in der Kommission ausführliche Verhandlungen stattgefunden, es sind Anträge gestellt worden, aber die Regierung konnte keine bestimmten Zugeständnisse machen, sondern nur im allgemeinen ihre Bereitwilligkeit zu Kompensationen aussprechen. Unter diesen Umständen sind meine politischen Freunde nicht in der Lage, dem Antrage auf nochmalige Kommissionsberathung zuzustimmen.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Auch ich kann nicht ermessen, inwiefern eine Kommissionsverhandlung noch im gegenwärtigen Stadium die Angelegenheit fördern kann, zumal da man die finanziellen Folgen ja doch noch gar nicht übersehen kann. Die Regierung hat es bisher mit Recht abgelehnt, diese Kompensationen jetzt schon gesetzlich zu normiren ohne genügende Vorarbeiten. Und da die Situation so ist, kann ich nicht einsehen, was die Kommissionsberathung noch soll. Es könnten auch nur Resolutionen gefaßt werden, die aber nicht bindend sind. Sollte die Regierung hingegen damit einverstanden sein, die Berathung dieses Gesetzes überhaupt von der Tagesordnung verschwinden zu lassen und mit neuen Vorarbeiten zu kommen, so habe ich nichts dagegen. Aber im Augenblick kann ich wirklich nicht einsehen, was eine nochmalige Kommissionsberathung soll.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Der Gedanke, den der letzte Vorredner angeregt hat, die Regierung möge die Vorlage zurückziehen, würde bei meinen Freunden den heftigsten Widerspruch finden. Wir glauben, daß in der That diese so wichtige Frage möglichst bald entschieden werden soll, und werden unsererseits alles thun, um sie zur Entscheidung zu bringen. Wenn wir dem Antrag des Centrums auf nochmalige Kommissionsberathung zustimmen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990616012/fragment/page=0002

so thun wir das aus der allgemeinen Rücksicht heraus, welche wir im Hause immer beobachtet haben, dafs gegen das Verlangen einer grofsen Partei auf nochmalige Berathung kein Widerspruch erhoben wird. Nun könnte man ja einwenden, es sei bereits früher Gelegenheit gegeben, sich über die Kompensationen zu verständigen, und gerade meine Parteifreunde haben ja in der Kommission die Vertreter der in Frage kommenden Gegenden aufgefordert, ihre Wünsche vorzubringen. Wenn wir nun in betreff der Provinz Schlesien bisher noch nicht wissen, ob sie durch die in Aussicht genommenen Kompensationen befriedigt ist, so stellt sich doch fest, dafs wenigstens ein Theil der Abgeordneten diese Provinz bereits von der hohen Wichtigkeit des Rhein-Elbe-Kanals sich haben überzeugen lassen. Unter diesen Umständen kann ich nur erklären, dafs wir der Zurückverweisung an die Kommission zustimmen in der Hoffnung und Erwartung, dafs nicht weitere Hinausschiebungen erfolgen, es sei denn, dafs man sich auf die Punkte beschränkt, die der Abg. Frhr. v. Heereman angeführt hat, damit das Gesetz noch in dieser Session zustande kommt. (Beifall.)

Abg. **Rickert** (fr. Vg.): Würden wir den Antrag des Centrums ablehnen, so würde damit natürlich die Vorlage begraben sein. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dafs sie zur Annahme gelangt und lehen in der Zurückverweisung an die Kommission ein Mittel, sie zustande zu bringen. Deshalb werden auch wir für die Zurückverweisung an die Kommission stimmen, in der Hoffnung, dafs es gelingen wird, in kürzester Frist die Vorlage zustande zu bringen.

Abg. **Richter** (fr. Vp.): Aus den von den Herren Sattler und Rickert angeführten Gründen stimmen auch wir — der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — für die Zurückverweisung an die Kommission.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten, die auf Antrag des Abg. v. Eynern (nl.) eine namentliche ist.

Der Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission wird mit 240 gegen 160 Stimmen angenommen.

Auch die Berathung der noch auf der Tagesordnung stehenden Staatsverträge zwischen Preufsen und Bremen, zwischen Preufsen, Braunschweig und Bremen, sowie zwischen Preufsen und Lippe über die Kanalisirung der Weser von Hameln bis Bremen wird ausgesetzt und die Verträge an die Kanalkommission zurückverwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Interpellation Roeren (Ctr.) betr. Besteuerung der Waarenhäuser und zweite Lesung des Kommunalbeamtengesetzes.

Schufs 12½ Uhr.

Ausland.

Von der Friedenskonferenz.

Der Unter-Ausschufs für das „Rothe Kreuz" hielt gestern vormittag unter dem Vorsitze des Professors Dr. Asser eine Sitzung ab. Der Berichterstatter Prof. Renault hatte den Bericht abgeändert, um den in der letzten Sitzung ausgesprochenen Wünschen Rechnung zu tragen. Der Marine-Hauptmann Mahan schlofs sich den vorgeschlagenen Bestimmungen an, obgleich dieselben keine Bestimmungen träfen über die Lage der Schiffbrüchigen, welche von Fahrzeugen aufgesammelt werden, die sich zufällig in der Nähe des Schauplatzes der Seeschlacht befinden. Der Unterausschufs war der Ansicht, dafs Artikel 9 für alle Fälle genügend Vorsorge treffe. Der Gesandte Motono erklärte, er beabsichtige einen Vorschlag zu machen zwecks Abänderung des Artikels 6 der Genfer Konvention von 1864 im Sinne des Artikels 9 des Entwurfes des Unterausschusses. Der ebenfalls angenommene Artikel 10 bestimmt, dafs verwundete oder kranke Schiffbrüchige, welche mit Zustimmung der Ortsbehörde in einem neutralen Hafen gelandet werden, von dieser bewacht werden müssen, derart, dafs sie nicht mehr von neuem an den Kriegsoperationen theilnehmen können. Die Kosten der Krankenverpflegung und der Beerdigung sollen von dem Staate getragen werden, welchem diese verwundeten oder kranken Schiffbrüchigen angehören. Präsident Dr. Asser wies darauf hin, welcher Vortheil darin läge, wenn während der Dauer der Konferenz eine Konvention zur Bestätigung des vom Unterausschufs angenommenen Entwurfs unterzeichnet werden könnte. Professor Renault stimmte dem bei und auf Vorschlag des Baron v. Bildt wurde beschlossen, dafs der Entwurf der Konvention der Konferenz vorgelegt werden soll. Der Entwurf enthält ausser den angenommenen Artikeln eine Einleitung und einen Schlufsartikel, welcher von den Formalitäten der Unterzeichnung und der Ratifikation handelt. Viceadmiral Fischer sprach dem Präsidenten Dr. Asser den Dank aus und stellte fest, dafs das Ergebnifs der Arbeiten des Unterausschusses darin bestehen werde, dafs in das positive internationale Recht humanitäre Bestimmungen aufgenommen werden, nach denen sich seit langer Zeit ein Bedürfnifs fühlbar gemacht habe.

Oesterreich-Ungarn.

Gegenüber der Behauptung, der österreichische Minister des Aeufsern Graf Goluchowski habe bezüglich des Kompromisses zwischen Ungarn und Oesterreich sich bei einzelnen auswärtigen Regierungen über die künftige Fortdauer oder Erneuerung der Handelsverträge erkundigt, stellt die „Pol. Korr." fest, dafs alle diese Meldungen unbegründet sind und dafs keinerlei Erkundigungs- oder Meinungsaustausch mit auswärtigen Cabinetten stattgefunden hat, da hierzu nicht der geringste Anlafs vorlag.

Der Verein evangelischer Glaubensgenossen, der kürzlich wegen einer Resolution, in der er die Leuerstandene religiöse Bewegung begrüfste, aufgelöst wurde, meldete, einer neuen Meldung zufolge, die Berufung an und protestirte gegen den in der Auflösungsverfügung erhobenen Vorwurf der Staatsgefährlichkeit.

Die Mehrheit des Stadtraths von Graz beschlofs, das Gesuch des Deutschvölkischen Vereins, einen neuen Platz in Graz Bismarckplatz zu nennen, aus patriotischen Gründen abzulehnen. Dieser Beschlufs wird in der nächsten Gemeinderathssitzung eine stürmische Verhandlung veranlassen.

Infolge kirchlicher Einsprache verbot in Triest die Polizei die Predigten des Methodistenpfarrers Dardi mit der Begründung, die Methodisten seien keine in Oesterreich anerkannte Religionsgenossenschaft.

Frankreich.

Die Lösung der Ministerkrise ist bisher noch nicht geglückt. Allerdings hat Poincaré gestern Lombat offiziell seine Bereitwilligkeit erklärt, den Auftrag zur Kabinetsbildung zu übernehmen. Er hat folgende Ministerliste aufgestellt: Vorsitz Poincaré, Inneres Sarrien, Mouis oder Poincaré, Justiz Mouis oder Poincaré, Aeufseres Delcassé, Finanzen Peytral oder Delombre, Krieg Poincaré oder Krantz, Marine Krantz oder Delaporte, Unterricht Ribot, öffentliche Arbeiten Monestier oder Barthou, Handel Delombre oder Monestier, Kolonien Guillain, Ackerbau Jean Dupuy; Unterstaatssekretär im Ministerium für Posten und Telegraphen Mougeot.

Zum Prozefs Dreyfus meldet das „Echo de Paris," Kriegsminister Krantz habe das ganze geheime Aktenstück an den Regierungskommissar beim Kriegsgericht von Rennes gesandt. Dasselbe Blatt theilt mit, dafs Hauptmann Tavernier täglich du Paty de Clam vernehme, und dafs dieser bisher weder seinen Advokaten noch ein Mitglied seiner Familie empfangen konnte.

Unter grofsem Andrange des Publikums begann gestern in Paris vor dem Zuchtpolizeigericht die Verhandlung gegen acht an den Kundgebungen in Auteuil Betheiligte. Zunächst verhörte der Präsident den Grafen de Dion, welcher aussagt, er sei an erster Stelle bei den Vorfällen in Auteuil betheiligt gewesen. Graf de Dion betont, er sei nicht nach Auteuil gegangen in der Absicht, eine Kundgebung zu veranstalten; aber er habe das Recht, zu rufen: „Es lebe das Heer!" und Loubet zu beweisen, dafs nicht alle ohne Ausnahme ihm huldigten. Dion stellt in Abrede, den Direktor der Municipalpolizei, Touny, getroffen zu haben, und sagt zum Schlufs, er habe nicht wissen lagen, von wem er geschlagen worden sei. Auch die übrigen Polizeikommissare, die hierauf vernommen wurden, sagten aus, dafs sie unter den Angeschuldigten diejenigen, welche den Polizeikommissar Touny geschlagen hätten, nicht wiedererkennen könnten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft verlangte eine strenge Bestrafung der Angeschuldigten. Die Anwälte verlangten ihre Freisprechung, da sie sich weder einer Widersetzung gegen die Amtsgewalt schuldig gemacht, noch überhaupt mit Vorbedacht gehandelt hätten. Die Sitzung wurde sodann auf heute verlagt.

„Figaro" und „Gaulois" veröffentlichen einen Brief des Papstes an den Erzbischof von Paris, in dem die Katholiken angehalten werden, sich entschieden auf den Boden der Republik zu stellen und einmüthig für die Religion und die Wohlfahrt des Vaterlandes zu arbeiten.

Die Meldung, wonach der italienische General Giletta ein Geständnifs abgelegt habe, ist, wie vorauszusehen war, unwahr. Der General erklärte vielmehr, die Aufzeichnungen in seinem Notizbuche beträfen lediglich bekannte militärische Dinge, die sich jedermann verschaffen könnte. Der General bestätigt ferner, keinen Auftrag von der italienischen Regierung erhalten zu haben.

Das mit der Festsetzung der Grenze von Britisch-Guyana betraute Schiedsgericht trat gestern vormittag unter Vorsitz des Professors v. Martens am Quai d'Orsay in Paris zusammen. Delcassé hielt eine Begrüfsungsrede, in welcher er äufserte, das Schiedsgericht werde erneut in der Praxis den edlen Gedanken Heinrichs IV. verleihen, der, von erhabenem Throne stammend, schnell Eingang finde in Herz und Gewissen des Volkes und sich mit besonderer Stärke der Voraussicht der Regierungen aufgedrängt habe.

Italien.

In der Deputirtenkammer bestätigte gestern in Beantwortung einer Interpellation des Deputirten Fabri der Minister des Aeufsern Visconti-Venosta, dafs der General Giletta unter der Anschuldigung, auf französischem Gebiete militärische Landesaufnahmen gemacht zu haben, verhaftet worden sei. Visconti-Venosta fügte hinzu, er könne sich über die Angelegenheit nicht weiter äufsern, erkläre jedoch, dafs die Regierung der Sache durchaus fern stehe. Die Regierungen beider Länder würden, wie er versichern könne, den Zwischenfall in freundschaftlicher Weise zu erledigen trachten. — Der Berichterstatter, Grippo, befürwortete den Gesetzentwurf betreffend die politischen Maßnahmen und führt aus, wenn man vor die Wahl gestellt würde, die Freiheit oder die Einigkeit hinzugeben, so würde man nicht zögern, die letztere zu opfern. (Beifall rechts und im Centrum, lebhafte Bewegung.) Nachdem auch der Siegelbewahrer für die Vorlage eingetreten ist, beschliefst die Kammer Schlufs der Debatte. Nogris und Galleni bringen Abänderungsanträge ein und treiben bis zum Schlufs der Sitzung Obstruktion.

Grofsbritannien und Irland.

Im Unterhause erklärte gestern der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain, die jüngst unterzeichnete internationale Konvention über die Zollbehandlung von Spirituosen in mittelafrikanischen Kolonien bestimme einen Minimalzoll von etwa drei Schilling per Gallone Sprit in der ganzen Spirituosenzone mit Ausnahme Dahomeys und des Togolandes, wo der Zoll etwa dreifsig Pence betragen werde. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung theilte Chamberlain mit, er habe Milner ermächtigt, zu erklären, dafs seit 1896 zwischen ihm und Rhodes kein Meinungsaustausch über die Transvaal-Angelegenheit stattgefunden habe. Er benütze die Gelegenheit, um das Haus zu warnen, den zahlreichen Nachrichten, die h. einer Zeit wie der jetzigen für deutlich erkennbare Zwecke erfunden würden, Glauben zu schenken. Die Nachricht, dafs er Vorbereitungen getroffen habe, um England zu verlassen, sei völlig unwahr. Er habe weder hier noch in Frankreich Wagen bestellt (Heiterkeit) und habe keineswegs die Absicht, das Land in jetziger Zeit zu verlassen. Alsmead Bartlett fragte sodann an, ob es wahr sei, dafs die Regierung der Boeren bedeutende Geldsummen für antibritische Propaganda in der Kapkolonie verausgabt habe. Chamberlain erwiderte, ihm sei hierüber keine Nachricht zugegangen, er könne daher dem Hause über diesen Gegenstand nichts mittheilen. — Fowler beantragte eine Adresse an die Königin zu richten, um sie zu ersuchen, zu dem indischen Zollgesetz von 1899 nicht ihre Zustimmung zu geben. In seinen weiteren Ausführungen betonte er, dafs der Zuckerbau in Ostindien auf drei Millionen Acres ausgedehnt sei, drei Millionen Tonnen Zucker erzeuge und dafs davon nur ein Fünftel raffinirt werde. Die Zuckereinfuhr nach Indien sei im verflossenen Finanzjahre auf 203,000 Tonnen gestiegen, davon seien nur 74,000 Tonnen Prämienzucker, so dafs das neue Gesetz diesen Betrag zu bestrafen bezwecke. Ohne das neue Gesetz habe der indische Zuckerpflanzer drei Schutzelemente, denn der Prämienzucker müsse Fracht von Triest oder Hamburg, einen fünfprozentigen Zoll und die Fracht im Inlande Indiens tragen. Der Retorsionszoll sei eine direkte Verletzung der britischen Finanzpolitik und ein erster Schritt gegen die für England so vortheilhafte Freihandelspolitik der Indien keinen Nutzen bringen werde. Das neue Gesetz gebe dem Vicekönig die absolute Macht, Schutzzölle zu legen auf was ihm beliebt. Das Volk in England würde eine Steigerung der Zuckerpreise in England auf dem Wege der Gesetzgebung nicht dulden, die Regierung sei nicht berechtigt, in Indien zu thun, was ihr in England nicht erlaubt sei. Deutschland kaufe von Indien für 7½ Millionen Rupien Waaren, verkaufe an Marleen nur für 2½ Millionen Rupien. Indien (Konservativer) unterstützte den Antrag des Vorredners und tadelte die Politik der Regierung aufs Schärfste.

Serbien.

In Belgrad eingetroffene Meldungen besagen, es sei am Mittwoch an der serbisch-türkischen Grenze zu einem ernsten Zwischenfall gekommen; zahlreiche albanesische Banden hätten im Verein mit mehrern 2000 Mann regulärer türkischer Truppen die serbische Grenze in der Nähe des Bezirks Jablonitza angegriffen; die serbischen Bauern hätten lebhaften Widerstand geleistet; der Kampf habe den ganzen Tag gedauert und habe sich auf 20 Kilometer längs der Demarkationslinie ausgedehnt. Auf beiden Seiten seien mehrere Personen getödtet, mehrere verwundet worden. Den Angreifern, die in bedeutender Ueberzahl waren, sei es gelungen, sich dreier Abtheilungen der serbischen Grenzwache zu bemächtigen und drei Dörfer zu blokiren. Die serbischen Militärbehörden hätten reguläre Truppen entsendet, um die Angreifer aus dem serbischen Gebiete zu vertreiben und die Ruhe wiederherzustellen.

Asien.

Die optimistischen Anschauungen der Amerikaner über den Verlauf ihres Feldzugs auf den Philippinen, die auch wieder in den gestern mitgetheilten Telegrammen des Generals Otis zum Ausdruck kamen, sind bisher immer durch die Thatsachen Lügen gestraft worden. Einen etwas festeren Untergrund könnten sie höchstens erhalten, wenn in den Reihen der Aufständischen sich Zwiespalt und Feindschaft einstellte. Nach dieser Richtung ist beachtenswerth, dafs, wie man aus Paris berichtet, der dortige Vertreter der philippinischen Regierung Agoncillo erklärte, er habe eine Meldung erhalten, welche leider den Tod des Generals Luna bestätige. Der Vorgang könne allerdings die eingewohnten Kreise nicht überraschen, da die Haltung Luna's unter den Philippinern schon seit längerem grofses Mifstrauen hervorgerufen habe. Luna sei fortgesetzt bemüht gewesen, die Verhandlungen mit den Nordamerikanern wieder aufzunehmen, und habe der thatkräftigen Vertheidigungspolitik Aguinaldo's vielerlei Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Man behaupte sogar, Luna habe das kürzlich verbreitete Gerücht von der angeblichen Ermordung Aguinaldo's zu dem Zwecke in Umlauf gesetzt, um sich plötzlich als alleiniger Machthaber ausrufen und in dieser Stellung von den Nordamerikanern bestätigen zu lassen. Die persönlichen Freunde Aguinaldo's hätten daher Luna schon mehrfach angedroht, ihn zu beseitigen, falls er seine zweideutige Haltung nicht aufgeben werde. Aguinaldo selbst sei zwar bisher jedem derartigen Versuche mit Entschiedenheit entgegengetreten; doch habe er augenscheinlich die Erbitterung seiner Anhänger nicht völlig bemeistern können.

Afrika.

Die pariser Blätter melden, die Nigercompagnie habe mit einem Postdampfer aus Afrika die Nachricht erhalten, dafs ein ernster Kampf zwischen den Soldaten der Compagnie und dem Emir von Mafs stattgefunden habe, wobei die Eingeborenen diese Todte verloren hätten. Der Emir selbst sei gefallen. Hauptmann Parcker und mehrere Soldaten der Nigercompagnie seien getödtet worden.

Provinzialnachrichten.

„ **Weifsenfels,** 15. Juni. [Lohnbewegung unter den Bergarbeitern.] Die Grubenverwaltungen des Kohlendistrikts Weifsenfels, Zeitz und Meuselwitz haben auf die ihnen von den Bergarbeitern unterbreitete Eingabe auf eine zehnprozentige Lohnaufbesserung bis heute keine Antwort abgegeben. Es ist das wohl um so mehr zu verstehen, als die ganze Bewegung von dem Agitator Pokorny-Hohenmölsen geschürt wird. Die Verwaltungen lehnen es ab, mit einer ihnen unbekannten Person zu verhandeln. Ueberdies sind auch nicht alle Arbeiter für diese Lohnbewegung zu haben, so dafs diese wohl ohne Ergebnifs verlaufen dürfte.

* **Halberstadt,** 15. Juni. [Freiherr v. Berg †] Der am Dienstag so plötzlich an einem Herzschlage während der Schwurgerichtssitzung aus dem Leben geschiedene Landgerichtsrath Freiherr v. Berg hatte am Tage zuvor privatim die Mittheilung erhalten, dafs er zum Landgerichtsdirektor des hiesigen Landgerichts an Stelle des zum Landgerichtspräsidenten in Neifse beförderten Herrn Heldberg ernannt sei.

* **Magdeburg,** 15. Juni. [Bewilligung. — Verleihung.] Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte 50,000 M. für die Förderung der Heilstätten-Bewegung. — Dem kommandirenden General des 4. Armeecorps v. Kitzing sind verliehen: das Grofskreuz des sachsen-ernestinischen Hausordens, das Grofskreuz des anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären und des reufsischen — jüngerer Linie — Ehrenkreuzes erster Klasse mit der Krone.

† **Stassfurt,** 15. Juni. [Kindesmord.] Unter dem Verdacht, ihr am 7. d. M. geborenes Kind getödtet und in den Abort der Arbeiterwinnenkaserne zu Eisdorf geworfen zu haben, weshalb es am 13. d. M. gefunden worden ist, wurde gestern die unverehel. Arbeiterin Wanda Wowowska aus Eisdorf in das hiesige Amtsgerichtsgefängnifs eingeliefert.

* **Vom Harz,** 15. Juni. [Feuersbrunst.] In Osterode sind am Dienstag auf der Neustadt drei Wohnhäuser niedergebrannt. Aus dem Behrens'schen Hause konnten die Bewohner mit genauer Noth entkommen, der Fuhrmann Pinnecke, ein älterer Mann, rettete sich durch das Fenster und wurde im Sprungtuch aufgefangen; er erlitt aber durch den Sprung so schwere Verletzungen, dafs er nach kurzer Zeit verstarb.

* **Dessau,** 15. Juni. [Personalien.] Der Landgerichts-Direktor Geheime Justizrath Kettler ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt; der Geheime Justizrath Heise ist zum 1., der Geheime Justizrath Francke zum 2. Landgerichts-Direktor ernannt.

^ **Dessau,** 15. Juni. [Petroleum ins Feuer.] Eine in der Böhmischen Strafse wohnende Frau wollte heute nachmittag das Feuer in ihrer Kochmaschine dadurch besser anfachen, dafs sie Petroleum auf die Glut goß. Hierbei explodirte die Flasche, die Kleider der Frau geriethen in Brand, und einer Feuersäule gleichend lief die Unglückliche die Treppe hinab auf den Hof. Zwar gelang es dort, durch Ueberwerfen von Tüchern die Flammen zu ersticken, aber die Brandwunden, welche die Frau erlitten hatte, waren so schwer, dafs sie in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause gebracht wurde.

§§ **Roslau,** 15. Juni. [Havarie] erlitt in der Nacht zum Mittwoch der Täubrich'sche Vergnügungsdampfer „Herzog Friedrich von Anhalt." Der Dampfer kam am Dienstag abend in Koswig an. Der Kapitän gab Befehl, dafs am nächsten Morgen um 3 Uhr weiter gefahren werden sollte. Steuermann und Maschinist waren aber der Ansicht, dafs es vortheilhafter wäre, schon früher zu fahren und liefsen das Schiff schon nach 11 Uhr in der Dunkelheit abgehen. Unweit des „Schwarzen Loch" bei Vockerode wurde das Schiff von dem österreichischen bergwärts fahrenden Dampfer „Wilhelmine" angefahren und verlor dabei den einen Radstaten mit dem Schaufelrade usw. Der Schaden ist ziemlich bedeutend.

* **Meiningen,** 15. Juni. [Ruhestand.] Der Vorstand der Landeskreditkasse, Geheimrath Abeiser, ist wegen hohen Alters in den Ruhestand getreten; er erhielt das Komthurkreuz des Hausordens.

* **Aus dem Königreich Sachsen,** 15. Juni. [Unfälle.] Vom eigenen Vater überfahren und getödtet wurde in Lottengrün (Vogtl.) der fünfjährige Sohn des Guts- und Steinbruchsbesitzers Ludwig. Das Kind war, ohne dafs der bedauernswerthe Vater es bemerkt hatte, in die Räder eines mit Klee beladenen Wagens hineingelaufen und hatte so schwere innere Verletzungen davongetragen, dafs es kurz nach dem Unfalle starb. — Am Mittwoch nachmittag erlitten auf der Elbstrecke Schandau-Tetschen zwei mit Braunkohlen beladene Deckkähne Havarie. Die Lage beider Fahrzeuge hindert den Elberklehr nicht. Beide Schiffe erfafste der plötzlich im Elbthale orkanähnlich auftretende Wind, der sie aus der Fahrrinne und zum Aufsahren brachte.

Vermischtes.

Eine neue Schiffsform. Die Firma Siemens & Halske hat sich eine Schiffsform patentiren lassen, die das Schiff möglichst unabhängig von der Bewegung der Wellen machen soll.

Es wird weitergekalkalt. Zwischen zwei Offizieren der Garnison Grandenz fand ein Duell statt. Ein Leutnant Th. vom 31. Feld-Art.-Regt. wurde lebensgefährlich verletzt.

Schiffskatastrophe auf der Wolga. Infolge eines heftigen Sturmes ist auf der Wolga der grofse Personendampfer „Niagara" unweit Tschernyi-Jar untergegangen. Ueber 120 Personen fanden den Tod in den Wellen.

Unglücksfälle und Verbrechen. Bei einer im Keller einer Wirthschaft in frankfurter Vorort Sachsenhausen vorgenommenen Pfändung explodirte beim Anzünden eines Lichtes ein gefüllter Acetylen-Apparat. Drei Leute, zwei Dienstmänner und ein Spengler, erlitten erhebliche Brandwunden an Gesicht und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990616012/fragment/page=0003

Armen. — Die würzburger Strafkammer verurtheilte gestern ein Dienstmädchen, das ein ihm zur Aufsicht anvertrautes Kind mit Phosphor vergiften wollte, zu 7 Jahren Zuchthaus. — In Budapest hat sich der Glasgroßhändler Ernst Girgl von der Firma Heinrich Girgl aus seiner Wohnung vom vierten Stock auf das Straßenpflaster gestürzt; er fiel knapp neben einem Polizisten nieder und blieb todt liegen. — In Neusatz wurde gegen den Bürgermeister und Oberbuchhalter eine Untersuchung eingeleitet, weil diese seit Jahren das Stadtvermögen treulos verwalteten. Die veruntreute Summe soll eine Viertel Million betragen. — Der Prokurist der Petroleumgruben von Schotlika in Lemberg, Namens Bergmann, ist nach Verübung großer Defraudationen flüchtig geworden. — Die budapester Polizei stellte die Identität des Selbstmörderpaares in Neapel fest. Der Mann heißt Kieszlowsky und ist Deserteur eines österreichischen Husarenregiments, der in Wien die Papiere des Oberleutnants Baron Andreas Verbung stahl. Die Frau ist die Gattin des in Steinamanger wohnhaften Poliers Anton Pisako, die der Deserteur in Budapest entführte. — Der französische General Hervé erlitt in Paris durch einen Sturz aus dem Automobil Verletzungen, über deren Grad verläßliches noch nicht vorliegt.

Personalnachrichten. Die Wahl des stuttgarter besoldeten rechtskundigen Gemeinderaths Heinrich Gauß zum Stadtschultheiß von Stuttgart ist vom König bestätigt worden. — Der neue Herzog von Sagan, der geisteskranke Boson de Talleyrand, ist, der „Voss. Ztg." zufolge, am 9. d. M. durch Vermittlung seines Vormundes Grafen Kanitz mit dem Herzogthum Sagan belehnt worden, nachdem der Lehnsvormund für ihn den Lehnseid geleistet hatte. — In Dresden verstarb der Oberfinanzrath und Mitglied der Generaldirektion der Staatsbahnen August Hartenstein und in Berlin der Kgl. Musikdirektor und Hofkomponist Peter Ludwig Hertel. Bekannt wurde der Verstorbene fast ausschließlich durch die von ihm komponirten Ballets, von denen wir „Satanella", „Flick und Flock" und „Slavische Brautwerbung" nennen. — Weiter verstarb in New York das der Partei der Silberdemokraten angehörige Kongreßmitglied für Missouri, Richard Bland.

Letzte Telegramme.

Paris, 15. Juni. Poincaré begab sich heute abend um 7 Uhr nach dem Elysée, um den Präsidenten Loubet über sein weiteres Vorgehen zu unterrichten. Er hatte sich vorher nachmittags zu Sarrien und Ribot begeben. Letzterer hat das Portefeuille des Unterrichts angenommen. Poincaré wird morgen Fallières und den Senator Monis aufsuchen.

Dem „Temps" wird aus Nizza gemeldet: Der italienische General Giletta verfaßte eine Denkschrift, in welcher er die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurückweist und sodann feststellt, daß die von ihm eingestandene Spionagemission vom Jahre 1889 datire und daher verjährt sei.

Rom, 15. Juni. Der „Esercito" schreibt, General Giletta gehe jedes Jahr nach Nizza auf Urlaub, wo er eine Besitzung habe; gegenwärtig habe er einen regelmäßigen Urlaub von zwei Monaten; eine besondere Mission habe er nicht.

Das Blatt glaubt, man müsse die Nachrichten der französischen Presse mit Vorsicht aufnehmen; es handele sich um einen der gewöhnlichen beklagenswerthen Grenzzwischenfälle.

Madrid, 15. Juni. Gamazo hat einen Schlaganfall erlitten; sein Zustand ist bedenklich.

Meteorologische Station zu Halle.

	15. Juni (9 Uhr 12. Min. ab.)	16. Juni (7 Uhr 12 Min. mrg
Barometer Millimeter	751,0	752,9
Thermometer Celsius	11,7	11,9
Rel. Feuchtigkeit	96%	93%
Wind	NNO 1	NO 1

Maximum der Temperatur am 15. Juni: 14,9° C.
Minimum in der Nacht vom 15 Juni zum 16. Juni: 10,0° C.
Niederschläge am 16. Juni 7 Uhr morgens: 3,5 mm
Wasserwärme der Saale am 16 Juni, mitgetheilt vom Florabade: 13°.

Sonnabend, 17. Juni.

Aufklarend und wärmer.

Bericht des Berliner Wetterbureaus
vom 15. Juni morgens:

Memel 755, +15°, ONO 1, halbbedeckt; Swinemünde 757, +12°, NO 5, wolkig; Hamburg 760, +16°, N 2, wolkenlos; Borkum 762, +12°, NNW 4, wolkenlos; Berlin 757, +12°, NW 3, bedeckt; München 759, +9°, NW 6, Regen; Wien 757, +12°, W 3, bedeckt; Triest 757, +16°, ONO 3, wolkenlos; Petersburg —, —, —, —; Haparanda 757, +12°, still, wolkig; Cork 766, +15°, N 2, heiter; Paris 764, +10°, N 2, Dunst.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Central-Stelle der Preuss. Landwirthschaftskammern.
15. Juni. (Notirungsstelle.)

a. Für inländ. Getreide ist in Mark für die Tonne gezahlt worden.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Magdeburg	147—156	141—148	145—160	145—154
Altmark	151—160	139—149	140—146	135—150
Merseburg östlich	150—164	140—153	—	138—159
do westl. der Mulde	149—162	140—160	—	142—160
Erfurt	150—153	150 153	—	140—145
Danzig	164—166	142	121—125	130
Königsberg i. Pr.	—	—	—	—
Breslau	143—160	133—143	121—140	124—131

b. Weltmarkt

auf Grund heutiger eigener Depeschen, in Mark die Tonne einschl. Fracht-Zoll und Spesen, aber ausschl. der Qualitäts-Unterschiede.

			am 15./6.	am 14./6.
Von New York nach Berlin	Weizen	83½ Cts.	181 30 M.	181.90 M.
» Chicago » »	Weizen	75½ Cts.	176.50 »	177.25 »
» Liverpool » »	Weizen	5 sh. 11¾ d.	178.00 »	177.25 »
» Odessa » »	Weizen	94 Kop.	173.25 »	175.85 »
» Odessa » »	Roggen	80 Kop.	154.65 »	155.90 »
» Riga » »	Weizen	91 Kop.	165.70 »	165.70 »
» Riga » »	Roggen	82 Kop.	153.75 »	153.75 »
In Paris	Weizen	20,05 Fr.	162.60 »	163.40 »

Getreide.

New York, 15. Juni. [Telegr.] Rother Winterweizen 85, Weizen Juni —, Juli 83¼, September 83, Dezember 84⅜. Mais Juni 40¾, September 40½, Dezember —. Mehl 2,85. Getreidefracht 2.

Chicago, 15. Juni. [Telegr.] Weizen Juni 77, September 78½, Mais Juni 34⅞.

* Nordhausen, 15. Juni. Weizen 14,80—15,20, Roggen 14,50—15,00, Gerste 14,00—15,00, Hafer 14,00—14,50 M.

* Hamburg, 15. Juni. Weizen loco ruhig, loco holsteinischer 158—163. Roggen loco ruhig, mecklb. loco 150—160, russischer loco ruhig, 115. Hafer ruhig, Gerste ruhig.

* Amsterdam, 15. Juni. Weizen auf Termine geschäftslos, Nov. —, März —. Roggen loco —, auf Termine ruhig, Oktbr. 137.

* Antwerpen, 15. Juni. Weizen ruhig. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Spiritus.

* Hamburg, 15. Juni. Spiritus fester, per Juni 17⅞ Gd., per Juni-Juli 17⅞ Gd., Juli-Aug. 18⅛ Gd., Aug.-Sept. 18⅛ Gd.

* Breslau, 15. Juni. Spiritus per 100 l 100 proz. excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Juni 59,20 Br., do. 70 M. Verbrauchsabgabe per Juni 39,20 bez.

* Stettin, 15. Juni. Spiritus loco ohne Fass 70 M. Konsumsteuer 38,30 bez.

* Paris, 15. Juni. (Schlussbericht.) Spiritus behauptet, Juni 43,00, Juli 43,25, Juli-Aug. 43,00, Septbr.-Dezbr. 38,25.

Oelsaaten. Fettwaaren. Oele.

New York, 15. Juni. [Telegr.] Schmalz Western steam 5,82, do. Rohe und Brothers 5,45.

* Hamburg, 15. Juni. Rüböl (unverzollt), ruhig, loco 47,50.

* Bremen, 15. Juni. Schmalz. Fest. Wilcox in Tubs 26¼ Pfg., Armour shield in Tubs 26½ Pf., andere Marken in Doppel-Eimern 27½—27¾ Pf. Speck. Behauptet. Short clear middling loco 25½ Pf.

* Köln, 15. Juni. Rüböl loco 52,50, per Juni 49,30.

Paris, 15. Juni. (Schlussbericht.) Rüböl behauptet, Juni 50,00, per Juli 50,30, per Juli-Aug. 50,25, Septbr.-Dezbr. 51,25.

* Antwerpen, 15. Juni. Schmalz per Juni 63.

Zucker.

* Paris, 15. Juni. (Schluss.) Rohzucker behauptet, 88% loco 33¾ à 34½. Weisser Zucker behauptet, Nr. 3, per 100 kg, per Juni 34⅞, per Juli 34⅞, Juli-Aug. 35, per Okt.-Jan. 30⅞.

* London, 15. Juni. 96% Javazucker loco 12¾ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 11 sh. 1 d. träge.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 15. Juni 1899.

Zum Verkaufe standen	I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht							
41 Rinder,							41	—
davon: 7 Ochsen,	34	—	32	—	30	—	7	—
5 Färsen,	31	—	29	—	—	—	5	—
22 Kühe,	30	—	28	—	26	—	22	—
7 Bullen,	32	—	30	—	28	—	7	—
31 Kälber,	47	—	41	—	36	—	31	—
9 Hammel (Schafe)	—	—	—	—	—	—	9	—
179 Landschweine	—	50	—	48	—	46	169	10

Geschäftsgang: flott. — Gesammt-Auftrieb dieser Woche: 76 Rinder, (davon 15 Ochsen, 7 Kalben, 42 Kühe, 12 Bullen), 39 Kälber, 55 Schafe, 288 Landschweine, zusammen 458 Schlachtthiere.

Petroleum.

* Hamburg, 15. Juni. Petroleum ruhig, Stand. white loco 6,35 Br.

* Bremen, 15. Juni. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 6,45 Br.

* Antwerpen, 15. Juni. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 17¾ bez. u. Br., per Juni 17¾ Br., per Juli 17¾ Br. Ruhig.

* New York, 15. Juni. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,20, do., in Philadelphia 7,15, do. Refined (in Cases) 9,20, do., Credit Balances at Oil City 113.00.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.

					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	14. Juni	+ 0,50	15. Juni	—	—	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,42	»	+ 2,46	—	4
do. Unterpegel	»	+ 0,24	»	+ 0,42	—	18
Trotha	15. »	+ 2,02	16. »	+ 2,16	—	14
Alsleben, Oberpegel	14. »	+ 2,39	15. »	+ 2,41	—	2
do. Unterpegel	»	+ 1,70	»	+ 1,82	—	12
Bernburg	»	+ 1,35	»	+ 1,38	—	3
Kalbe, Oberpegel	»	+ 1,56	»	+ 1,56	—	—
do. Unterpegel	»	+ 0,78	»	+ 0,82	—	4

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	Juni	Fall	Wuchs		Juni	Fall	Wuchs
Budweis	14 0,00	5	—	Torgau	15. + 1,09	—	5
Prag	» + 0,03	2	—	Wittenberg	» + 1,82	—	—
Jungbunzlau	» + 0,04	—	3	Rosslau	» + 1,24	1	—
Laun	» — 0,09	—	—	Barby	» + 1,72	4	—
Pardubitz	» + 0,12	—	8	Magdeburg	» + 1,54	8	—
Brandeis	» + 0,14	—	2	Tangermünde	» + 2,32	3	—
Melnik	» — 0,16	2	—	Wittenberge	» + 2,08	9	—
Leitmeritz	» — 0,11	5	—	Dömitz Peg.	14 + 1,75	15	—
Aussig	15. + 0,18	1	—	Lauenburg	15. + 1,83	15	—
Dresden	» — 1,05	1	—				

Schleppschifffahrt auf der Elbe.

Aken, 15. Juni. Kahn 4624 Sr. Becker ist heute hier eingetroffen.

Berliner Börse
vom 15. Juni.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 4, Lomb. 5. Amsterdam 3. Brüssel 2½. Petersburg 4½. Wien 4½. London 3. Paris 2.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	— —
Berliner Stadt-Obl.	3½	97,70G
do. do. 1892	3½	97,75B
Magdeburger St.-Anl.	3½	95,75bz
do. do. neue	4	— —
Westpr. Prov.-Anl.	3½	97,00G
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	98,50bz
Bayrische Anleihe	4	170,75bz
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	125,50bzG
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	136,00G
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	— —
Meininger 7 fl.-Loose	—	24,30bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	131,00bz

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl.	5	86,20bzG
do. innere do.	4½	73 50bzB
Barletta 100 Lire-Loose		25,50G
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	98,25bzG
do. do. 1888	5	98,25bzG
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	87,10G
Egyptische priv. Anl.	3	— —
do. do. do.	3½	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	26,10bz
Griech. Anl. 1881—84	—	43,25bzG
do. kons. Goldrente	—	36,40bzG
do. Monopol-Anl.	—	50,50bzG
do. Gd.-Anl. v. 1890	—	43,30bzG
Mailänd. 10 Lire-Loose	—	13,60G
Mexikaner Anl. à 100	6	100,70bz
do à 20	6	100,70bz
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	5	145,90bz
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	— —
Russ. Gold-R. 1884, 87	4	— —
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	— —
do. Boden-Kredit	5	— —
do. 3⁸⁄₁₀% do. gar.	3,8	98,70G
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	288,10G
do. do. 1866	5	— —
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	96,50G
do. do. 1890	3½	— —
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	99,75G
Türkische Anleihe D.	1	23,05bzB
do. Administ	5	98,80bz
do. 400 Frcs-Loose	—	130,30bzG
Ungarische Gold I.-A.	4½	101,50bzG
do. Kr.-R.	4	96,60bzB
do. Staats-R. 97	3½	86,30G

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	289,60bz
Admiralsgarten-Bad	4	83,20bzG
Annaburger Steingut	14	177,75bzG
Archimedes	12	249,50bzG
Bauges. Berl. Chrl. i. Liq.	—	730,00bzG
Jo. B.-Wilm. T.-G. i. Liq.	—	1035bzG
Braunschweiger Jute	16	219,10bzG
Berl.-Anh. Maschinen	13½	242,50bzG
Berliner Bockbrauerei	10	193,00bzG
do. Brauerei Königst.	4	118,50G
do. Union Gratweil	7	131,50bzG
Brsl. Eisenb. W., Linke	14	293,10bzG
Breslauer Oelwerke	3½	80,40G
Cement-Bau-Ges. Berl.	0	— —
Charlottb. Wasserwerk	11	294,30bz
Chem. Fabr. Schering	7½	201,50G
Chemn. Masch. Zimm.	9	212,50bzG
Dessauer Gas	12½	215,10bz
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	60	419,00bz
Dtsche Jutespinnerei	12	158,10bzG
Elberfeld. Farbenfabr.	18	314,25G
Erdmannsdorf. Spinn.	2	85,10bzG
Freund Masch. konv.	16	419,50G
Görlitzer Eisenbbed.	17	259,00bzG
Hagener Gussstahl	6½	146,00bzG
Harburg-Wien Gummi	29	330,00B
Harkort St.-Pr. konv.	5	129,10bzG
do. Brückenb. konv.	7	155,00bzG
do. do. St.-Pr.	8	172,50bzG
Hirschberger Masch.	8	127,75bz
Keyling & Th. Eiseng.	6	138,25bzG
Köln-Müsener Bgw.	1½	70,25bzG
do. conv.	3	119,90bz
Kurfürstend. Ges. i. Liq.	—	300,00bz
La Veloce, Ital. D.	0	68,40bz
Ludw. Löwe & Co.	24	430,00bzG
Mälzerei Wrede	7	107,50bzG
Magdeburger Baubank	1½	118,00bzB
Magdeb. Strassenbahn.	9	189,75G
Maschin. Breuer	7½	157,00bzG
Neuroder Kunstanstalt	9	159,00G
Nordd. Eiswerke	7	93,80bzG
Omnibus-Gesellschaft	10	240,75bzG
Oppeln Portl.-Cem.	11	203,60bzG
Passage	4	84,25bzG
Pferdebahn, Breslauer	12	314,75bzB
Sangerhäuser Masch.	22½	— —
Schäffer u. Walcker	1	90,75bzG
Schlesische Cement	14½	254,75bz
Schwartzkopff	12½	245,10bzG
Siemens, Glas-Industr.	14	244,50bzG
Siemens & Halske	10	194,75bzG
Stettiner Cham. Didier	20	430,00bzG
Sudenburg. Maschin.		146,00bzG
Ver. Köln-Rottw. Pulv	15	220,00G
Vereinsbrauerei Artern	5	100,75G
Westf. Draht-Industrie	10	180,00bzG
do. Union konv.	16	— —
do. 6% St.-Pr.		— —
Wittener Guss	16	275,00bz
Wilhelmshütte	1½	— —
Zuckerfabr. Fraustadt	0	118,75bzG

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	103,00bzB
Dortmund-Gronau E.	4	184,20bz
Marienb.-Mlawkaw	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	59,90B
do. Mittelmeerb. stfr.	4	96,90G
Lemberg-Czernowitz	4	— —
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	90,20bz
do. Ergänzungsn.	3	88,25G
do. Gold-Pr.	4	100,80G
Oesterr. Lokalbahn	4	99,80G
do. Nordwestbahn	5	— —
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	72,80G
do. Obligationen	5	103,00bzG
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	— —
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	— —
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	102,40G
Kosl.-Woronesch Obl.	4	— —
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	99,80G
Kursk-Kiew	4	100,50bzB
Mosco-Kiew-Woron	4	100,30bzG
Mosco-Kursk	4	98,50G
Mosco-Rjäsan	4	— —
Mosco-Smolensk	5	100 25bzG
Orel-Griäsi 1889	4	100,10bz
Rjäsan-Koslow	4	100,10bz
Rjäsan-Uralsk gar ukd. [b. 1909	4	100,50bzG
Rjaschk-Morczansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	4	100,30bzG
Russ. Südwestbahn	4	— —
Transkaukasische	3	— —
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	— —
Wladikawskas Oblig.	4	— —
do. unkdb. b. 1906	4	100,30bzG
Manitoba rz. 1933	4½	— —
Northern-Pac. I. b. 1921	6	— —
do. Pref.	4	104,50G
do. Gen. Lien.	3	66,80G
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	— —
do. do. do.	5	— —
Central-Pacific	5	— —
Anatol. I. 2040 M.	5	99,30bz
„ II. 2640 M.	5	100,70bz
Macedonische G.-O.	3	59,30bz
Portug. Eisenb. O. 1886	3	— —
do. 1889	4½	82,70bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	5	119,90bz
Buschtiehrader B.	13	— —
Halberst.-Blankenb.	6	— —
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	87,50bz

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	7⅔	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	— —
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg	4	— —
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	98,50G
Lemberg-Czernowitz	6½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5	— —
do. B. Elbethalb	5½	— —
Südösterreich (Lomb.)	⅘	72,80G
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	9⅗	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien.	19⅗	— —
Gotthardbahn	5,8	— —
Ital. Meridionaux	6⅘	— —
Lüttich-Limburg.	0,10	— —
Schweiz. Centralbahn	8	— —
do. Nordostbahn	5½	175,00bzG
do. Unionbahn	3¼	— —

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,50B
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	101,60G
do. V. rz. 100	3½	95,80G
do. VI. unkb. b. 1900	4	100,25bzG
do. VII. unkb. b. 1903	4	101,50G
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	100,00bzG
do. do. V./VI.	4	101,50bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	5	— —
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,00bz
do. alte Ser. 1-45	3½	95,50bz
do. S. 46-105, uk. 1905	3½	96,00bz
do. S. 301-360, uk. 1908	3½	97,50G
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	100,00G
do. do. II.	3½	98,00G
Meininger. Hyp.-Pfdb.	3½	95,80bzG
do. II unkdb. bis 1900	4	100,30bzG
do.	3½	97,00bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	135,90bz
Nordd Gr.-Cred.-Pfdb.	4	99 90bzG
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	100,60G
Ostpreussische	3½	95,30bzG
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	100,50bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	101,50bzG
Posensche	4	102,20G
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	— —
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	— —
do. XIII. rz. 100	4	100,50G
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	102,80G
do. do. 1900	3½	94 80G
do. do. 1900	3½	96,80G
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	100,00bzG
do. do. XV-XVIII.	4	100,50bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G. 1905	4	100,25bz
do. do. Cert.	3½	95,50bz
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	95,40bzG
do. XVIII ukdb. 1908	3½	97,50bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	97,50G
do. „ „ b. 1908	4	102,25G
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	97,50G
Rh.-W. Bdcr., I. III. V., ukb. b 1905.	4	100,90G
„ II. u. IV., b. 1904.	3½	95,00G
„ VI., ukdb. 1908.	3½	97,90G
„ VII., unkdb. 1908.	4	102,50G
Sächsische	4	— —
do.	3½	97,40bz
do.	3	87,00bz
Westpr. ritt. I. I. B.	3½	96,75B
Rentenbr. Pommersche	4	101 80G
Rentenbr. Posensche	4	— —
Rentenbr. Preussische	4	101,80G
Rentenbr. Sächsische	4	102,00B
Rentenbr. Schlesische	4	102,10G

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	4	142,75bzG
Arenberger Bergwerk	60	943,00G
Baroper Walzwerk	0	105,25G
Berzelius	6	145,00bzG
Bismarckhütte	15	324,00bzG
Bonifacius Bergwerk	0	142,75bzG
Concordia-Bergwerk	19	313,25bzG
Consolidat. Bergw.-G.	18	364,25bzG
Consol. Marie	—	101,50bzG
Duxer Kohlen kon.	10	150,40bz
Eschweiler Bergwerk	15	245,10bzG
Gelsenkirch. Gussstahl	12	239,90bz
Georg-Marien-St.-A.	8	156,00bzG
do. St.-Pr.	8	158,10bz
Harzer Eisenw. konv.	0	— —
do. Lit. A. B. „	6⅔	230,00bzG
Inowrazl., Steinsalzb.	3¾	79,75bzG
Kattowitzer	12	230,00bzG
Königin-Marienhütte	5	110,60bzG
König Wilhelm konv.	15	283,10bzG
do. St.-Pr.	20	337,00bz
Leopoldsgr. Edderitz	5½	103,25G
Luise Tiefbau konv.	0	80,00bz
do. do. St.-Pr.	4	120,00bzB
Magdeburg.-Bergwerk.	27	— —
Marienhütte Kotzenau	3½	102,25bzG
Mend. & Schwert. St.-Pr.	5½	96,25bzG
Niederl. Kohlen	8	130,25bzG
Rhein.-Nassau. B.	7½	265,00bzG
do. Stahlw. Lit. C.	15	250 50bzG
Schlesisch. Zinkhütten	18	349,00bzG
Stadtberger Hütte	6½	171,75bz
Wurm-Revier	7½	140,25bz

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	100,75G
Aschersleb. Kaliwerke	5	99,75G
Bochumer Gussstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	107,90G
Dortmunder Union	5	— —
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	— —
Hamb.-Packetfahrt	4	— —
Laurahütte	3½	91,40B
Naphta-Obligationen	4½	100,60bzG
Norddeutscher Lloyd	4	— —
Oberschl. Eisen-Ind.	4	100,50B
v. Tiele-Winkler	4	— —
Zoologischer Garten	4	— —

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	6⅚	147,60G
Berg-Märk. B. i. Elbf.	7½	161,00G
Börsen-Handelsverein	6	110,30G
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	5	99,00B
Cöln W. u. Komm.	5½	107,90bzG
Danziger Privatbank	6¾	136,00bzG
Deutsche Grundschuld	7	127,20G
do. Effekt.-B. (Hahn)	7	126,60G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	118,30G
Dresdener Bankverein	7	118,30G
Essener Kredit	7½	140,00bzB
Gothaer Privatbank	7	— —
do. Grundkreditb.	4	130,40G
do. do. junge	4	126,30bz
Hamburg. Hypoth.-B.	8	154,50bzB
Königsberg. Vereinsb.	6	113,25bzB
Leipziger Bank	10	181,75bzG
Lübecker Kommerzb.	7⅔	140,30G
Magdeburger Privatb.	5½	114,75bzG
Nordd. Grund-Kredit.	4½	97,00G
Pr. Hyp.-B. (Spielb.)	6½	132,20G
Preuss. Pfandbr.-Bk.	6½	121,25bzG
Realkredit-Bank	—	16,10bz

Leipziger Börse, 15. Juni.

Zf.		M.		Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.	5000	85,90bzG	4	Mansf. Gew. 1882		101,25B
3	do.	1000	85,90bzG	4	do. 1879		100,75B
3	do.	500	85,90bzG	4	do. Em. 1875		100,75B
		Thlr.		3½	Stadtobl. 1884 konv.		98,00bz
3%	Staatsanl. 1855.	100	91,00B	3½	do. 1876 konv.		98,00bz
3½	do. 67 kv. 4%	500	99,50B	3½	Altb. Landoblig.	1000	100,25G
3½	Landrentenbr.	500	97,40G	3½	do. do.	500	100,25G

Eisenb.-Stamm-Akt.

Div.		
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	322,50B
7⅔	Böhm. Nordbahn	— —
14⁴⁄₇	Buschtiehrad. Lit. A.	— —
13	do. do. B	— —
10 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —
6½	Graz-Köflach.	— —
2½	Marienburg-Mlawka	85,00G

Eisenb.-St.-P.-Akt.

Div.		
6	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
6	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	— —

Bank- u. Kredit-Akt.

Div.		
10	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	200,00B
9	Dresdener Bank	163,00G
7	Gothaer Privatb.	137,00G
10	Leipziger Bank	182,25bzG
8	do. Hypothek.-B.	148,00bzG
6⅔	Sächs. Bank	139,50G
7	Zwickauer	119,50G

Industrie-Papiere.

Div.		
12	Chemn. Werkz. (Zim.)	213,25bzG
24	Cröllw. Papierfabr.	310,00G
4	4% do. Schldvschr.	100,50G
4	Dörstewitz-Rattm.	64,00B
5	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	152,75G
24	Geraer Jutesp. u. W.	282,00B
10	Germania (Schwalbe)	— —
27	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	495,00G
61½	do. do Pr.-A. I	1000B
57	do. do. do. II	895,00B
1⅘	Hallesche Str.-B.	109,00G
3	Kette Elbsch.-G.-Akt.	77,10G
8	Körbisd. Zuckerfb.	124,50bz

Div.		
5½	Leipz. Baubank	106,00G
5¼	do. Elektr.-Werke	120,25G
4	do. elektr. Strassb.	138,00G
8	do. Gr. elektr. Strassb.	206,00G
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	210,50G
8	Lpz. Kammgarnsp.	— —
10	do. Malzf. Schkeud	178,00G
0	do. Wollkämmerei	156,00G
45 M.	Mansfelder Kuxe	1160bzG
0	Sächs. Kammg.	90,50B
7	Sächs. M.-F. (Hartm.)	159,60G
9	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	— —
12	Thür. Gasges. Lpz.	259,50bzB
12	do. Stamm-Pr.	265,00G
7	S.-Thür. Br.-V. St.	— —
7	do. St.-Prior.	— —
6½	Zeitzer Par. u. S.-A.	124,00G
—	do. do. Oblig.	101,00G
6⅔	Zuckerfabr. Glauzig	126,00B
8	Zuckerraff. Halle	128,75G

Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.

%		
3½	Aussig-Teplitzer	94,50G
4	Böhm. Nordbahn	— —
5	do. do. Gold	100,50G
4	Buschtiehr. 1896 (stfr.)	98,75G
4	do. do.	98,75G
5	do Em. 1868/71/72	— —
4½	do. Gold	— —
5	Dux-Bodenbach	..75G
5	do. Em. 1871	108,00G
5	do. do. 1874	110,40G
4½	Graz-Köflacher	64,00G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	102,75G
4	Kaschau-Oderberg	98,30G
4	Prag-Dux Gold	— —
5	do. Gold	— —
5	Prag-Turnau	— —

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990616012/fragment/page=0004
DFG